

ausweisen, heute fahre ich durch, ohne ein einziges Mal anzuhalten. Vieles hat sich rapide verändert, politisch und technologisch. Ein Internationaler Strafgerichtshof wurde vor zwanzig Jahren in einer Fußnote abgehandelt, er wurde als Idee einiger Verrückter bezeichnet. Und jetzt ermitteln wir in acht Ländern und zu einigen der schrecklichsten Verbrechen, die in den letzten Jahren verübt wurden. Ich denke, ein minimaler Konsens ist besser, als gar nicht erst zu versuchen, einen Konsens zu finden. Allein die Existenz des Internationalen Strafgerichtshofes ist ein Wert. Und mit diesem Wert muss man intelligent umgehen. Das ist es, was mich fasziniert, dieser Wert und dieses Potential, das der Gerichtshof hat. Davor habe ich riesigen Respekt, und ich fühle mich mit meiner Aufgabe auch sehr privilegiert. Denn ich kann unmittelbar an der Geschichte mitschreiben: Jede Entscheidung, die ich treffe, ist derzeit noch eine Erstentscheidung, und irgendwann wird man auf diese Entscheidung blicken. Man arbeitet auf höchstem strafrechtlichen, aber auch menschenrechtlichem Niveau, man kann sozusagen jeden Tag die Welt ein bisschen besser machen.

Sie fühlen sich als Weltverbesserer?

Durch unsere Arbeit am Internationalen Strafgerichtshof entwickeln wir jeden Tag die Prinzipien des internationalen Strafrechts ein bisschen weiter und hauchen den Gesetzestexten Leben ein. Gleichzeitig verpflichten sich die Staaten, die das Römische Statut unterzeichnet haben, also derzeit 123, ihr jeweiliges Strafrecht an unsere Prinzipien anzupassen. So wird sich mittelfristig die gesamte Strafgesetzgebung in eine positivere oder menschenfreundlichere Richtung entwickeln. Ein bisschen als

Weltverbesserer fühle ich mich also schon, ohne aber überheblich zu sein.

Der Internationale Strafgerichtshof entwickelt von Den Haag aus strafrechtliche Prinzipien, die auf seinem Verständnis von Menschenrechten und von einer gerechten Welt basieren. Glauben Sie an die Universalität der Menschenrechte?

Das ist natürlich diskussionswürdig. Ich persönlich glaube schon, dass es einige universelle Menschenrechte gibt. Aber wir sind auch oft überheblich und maßen uns an, andere zu belehren, wir möchten anderen Ländern unsere Vorstellung von politischem Systemen aufzwingen, aber Demokratie muss nicht zwingend ein Menschenrecht sein. Nicht jeder braucht eine parlamentarische Demokratie, wie wir sie hier bei uns haben.

„Wir hauchen den Gesetzestexten Leben ein.“

Kommen Sie durch solche Erwägungen manchmal in Dilemmata – ethische oder solche der Rechtsprechung?

Nehmen wir den Fall Joseph Kony: Dieser Mann wird beschuldigt, im Kongo eine Armee von Kindersoldaten aufgebaut zu haben, die „Widerstandarmee des Herrn“ (Lord's Resistance Army). Mit dieser Armee versuchte er, im Namen der Bibel und der Zehn Gebote einen christlich-theokratischen Staat Uganda aufzubauen, und zwar mittels vorsätzlicher Tötung, Versklavung, Zwangsprostitution, Vergewaltigung, schwerer Verletzungen der körperlichen und geistigen Gesundheit, grausamer Behandlung von Zivilpersonen, vorsätzlicher Angriffe auf die

Zivilbevölkerung, Plünderung, Anreizung zur Vergewaltigung und Rekrutierung von Kindersoldaten. Wenn man sich aber seine persönliche Geschichte genauer anschaut, erfährt man, dass er selbst auch Kindersoldat war. Er hat von klein auf Karriere in der Kinderarmee gemacht, bis er schließlich ihr Anführer wurde. Er kennt praktisch nichts anderes. Wie sollte er wissen, was Recht und Unrecht ist? Und trotzdem kann man auch nur einfach sagen, dass er nicht straflos ist. Das ist ein enormes moralisches Dilemma!

Wie ist es, einem solchen Menschen gegenüberzusitzen?

Joseph Kony wurde noch nicht verurteilt, er wird noch gesucht. Aber man sitzt als Richter ja ständig solche Personen gegenüber. Es ist hart, denn die meisten Täter sind keine Reue, sondern sind überzeugt, dass sie richtig gehandelt haben. Man muss man die Beweislage betrachten und man muss versuchen, sie jetzt zu behandeln, denn vor den Gerichten gibt es keine besseren und schlechteren Menschen.

Das Interview führte Vera Lichte



Foto: Ali Mehmet

TEXT Hark Machnik
FOTO Selfies vom Oranienplatz - The European Dream

NEU - BERLINER

Am Ende der Berliner Flüchtlingsproteste hatte sich die Situation der Asylsuchenden nicht verbessert. Was sich aber verändert hatte, war unser Bild von ihnen. Hier demonstrierten keine passiven, fremdbestimmten Opfer, sondern selbstermächtigte politische Subjekte.

Im Winter 1997 kam ich in Berlin an. Vor der Amerika-Gedenkbibliothek am Halleschen Ufer waren hin und wieder Zelte aufgebaut. Darin saßen Politaktivisten der türkischen kommunistischen Partei TKP/ML und hungerten sich zu Tode. Ihre Genossinnen und Genossen verteilten im Schneetreiben mit erschöpften Gesichtern Flugblätter. Es ging um Isolationshaft in türkischen Gefangnissen, um den

westlichen Imperialismus. Ich nahm die Flugblätter mit nach Hause, ebenso die Broschüren, die auf Tapeziertischen unter Plastikplanen lagen.

Nach der Schule waren einige von uns aus der norddeutschen Provinz nach Berlin-Friedrichshagen gezogen. Wir verachteten die Bullen und den Staat, und wir machten damals alles, was man in der Antifa-Jugendfront so machte: Wir hörten

Punkbands wie But Alive, Boxhämsters und Skeptiker, lasen die Junge Welt oder die Interim und besuchten linke Veranstaltungen in Infoblöden zu ökologisch-rechter Esoterik, zum Nordirland- und Palästina-Konflikt oder zur Kritik des Atomstaats. Wir tranken Kaffee aus sandinistischen Kooperativen in Nicaragua und klappten in Supermärkten. An Samstagen fuhren wir auf Strafexpedition in braune Ost-Kaffee, um uns den Nazis in den Weg zu stellen, abends besprachen wir den aktuellen Szene-Tratsch bei Calpinha und Rotwein im Prenzlauer Berg. Im Januar liefen wir auf der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration mit, und einmal im Jahr fuhren wir ins Wendland zum Castortransport. Wenn wir im Sommer bei unseren Eltern zu Besuch waren, beschmierten wir deutsche Kriegsgräberdenkmäler oder kippten in den Wäldern Jägerhochsitze um. Wir verstanden uns als Teil der radikalen Linken, lasen an der Uni das erste Mal Adorno und spendeten hin und wieder Geld für die Rote Hilfe oder die Antifaschistische Aktion Berlin. Mit unseren schwarzen Kapuzenpullis betrachteten wir uns als Autonome, als undogmatische Linke links der Partei, die damals PDS hieß und die einige von uns wählten, wenn auch mit schlechtem Gewissen. Wir machten und taten, aber es ging nicht recht voran mit der Linken in Deutschland im letzten Jahr der Kohl-Ära. Von Auswandern über die Gründung einer Landkommune bis hin zu Straßenschlachten mit der verhassten Berliner Polizei konnten wir uns alles Mögliche vorstellen, nur eines ganz sicher nicht: vor dem Halleschen Ufer in der Kälte sitzen und uns zu Tode hungern. Wir waren solidarisch mit dem kurdischen Freiheitskampf, und Andreas Baader und Ulrike Meinhof waren unsere Helden. Der verbissen-verbitterte Heroismus der türkischen Kommunisten vor der Bibliothek aber war uns unheimlich – und ziemlich weit weg.

Die Refugees weigerten sich schlicht, das deutsche Politikspiel von Ausgleich und Kompromiss mitzuspielen.

Im Frühjahr 2014 verschärfte sich der Konflikt zwischen den Flüchtlingen vom Oranienplatz und dem Berliner Senat. Ein Teil der Refugees stimmte einem Deal zu, der eine vorläufige Duldung bei Räumung des Platzes vorsah. Ein anderer Teil der Betroffenen lehnte ab und harrte weiter auf dem Platz aus. Vielen schien das dürftige Campieren mitten in der Stadt immer noch die bessere Alternative zu sein zur Gängelung



Foto: Selfies vom Oranienplatz – The European Dream

durch rassistischen Wachschutz in einem Asylbewerberheim am Rande der Stadt oder in der bayerischen Provinz. Als die Polizei den Platz schließlich räumte, reagierte der radikale Teil der Flüchtlinge schnell: Sie zogen zur nahegelegenen ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule, die zuvor bereits von anderen Refugees besetzt worden war, stiegen auf das Dach und verbarrikierten sich dort. Sie drohten damit, sich durch den Sprung in die Tiefe das Leben zu nehmen, sollte der Senat sie nicht als politische Flüchtlinge anerkennen. Die hier protestierten, kamen aus dem Sudan, aus Libien, von der Elfenbeinküste. Sie alle hatten sich nach Beginn des Arabischen Frühlings von Nordafrika aus mit dem Schiff Richtung Europa aufgemacht. Die italienische Küstenwache hatte sie aufgegriffen, und die örtlichen Behörden hatten sie wenig später mit einem Transitvisum und ein wenig Geld Richtung Deutschland weitergeschickt. Einige von ihnen waren direkt nach Berlin weitergereist, andere waren später mit dem Flüchtlingsprotestmarsch der „Karawane“ in die Hauptstadt gekommen. Gemeinsam besetzten sie 2012 den

die sich abzeichnende polizeiliche Lösung auf die Straße zu gehen. Die Lage blieb angespannt, doch die Flüchtlinge gaben nicht auf. Auch dann nicht, als es nichts mehr zu essen und zu trinken gab und der Innensenator unverhohlen mit dem Sondereinsatzkommando drohte.

Die deutsche Öffentlichkeit hatte begriffen, dass die Festung Europa längst vor der eigenen Haustür angekommen war.

Wir Aktivistinnen und Aktivisten standen unten vor den Absperrungen und staunten nicht schlecht. Die Refugees führten keinen Stellvertreterkampf für jemand anderes, wie es die westliche Linke so häufig tat. Sie kämpften für sich selbst. Sie setzten ihre Körper als Waffe ein gegen die unbarmherzige Politik des CDU-Senators und gegen die Wohlühl-Grünen des Bezirks, die gehofft hatten, das Problem entweder aussitzen oder allein dem Senat in die Schuhe schieben zu können. Die Refugees weigerten sich schlicht, das deutsche Politikspiel von Ausgleich und Kompromiss mitzuspielen. Es war ihnen egal, dass sie eigentlich keine Chance hatten, sie nutzten sie dennoch. Und sie hatten damit Erfolg. Innerhalb weniger Tage war aus der Besetzung ein politisches Ereignis von überregionaler Bedeutung geworden.

Auf einmal sprachen afrikanische Flüchtlinge in Berlin direkt in die Kameras der Journalisten. Durch ihren Mut und ihre Entschlossenheit war es ihnen gelungen, für einen kurzen Augenblick die Ignoranz der Medien zu durchbrechen. Auf allen Kanälen waren plötzlich Bilder von schwarzen Menschen zu sehen, die selbstbewusst Bleiberecht in einem Land forderten, das sie nicht haben wollte. Und durch ihre Präsenz wurde auch die Frage unausweichlich, warum diese Leute hierherkamen, warum sie die lebensgefährliche Passage über das Mittelmeer wagten. „We come here, because you destroy our countries“, war der Satz, der in diesen Tagen immer wieder fiel. All das war neu, denn die Bilder und Worte der Refugees hatten nichts gemein mit den üblichen medialen Abziehbildern bedauernswerter, sprach- und wehrloser Flüchtlinge. Diese Menschen hier waren keine Opfer, sondern politische Subjekte, daran kamen auch wir zynischen Politaktivisten nicht vorbei. Also taten wir eben das Wenige, was wir konnten: Demonstrationen anmelden, Flugblätter drucken, ein bisschen Pressearbeit, eine Diskussionsveranstaltung. Mit dem Protest ging es nach zwei Wochen zu Ende, wie es zu

Pariser Platz am Brandenburger Tor und den Oranienplatz in Kreuzberg und demonstrierten zwei Jahre lang wöchentlich, mitunter täglich gegen ihre ausweglose Situation. Die deutschen Behörden sahen die italienischen Kollegen in der Verantwortung. Aufgrund der bestehenden Drittstaatenregelung schlossen sie ein geregeltes Asylverfahren aus. Der Pariser Platz war schon 2012 rasch wieder geräumt worden, nun also auch der Oranienplatz. blieb noch die ehemalige Schule als letzter Ort des Protestes. Und die Hoffnung auf „Paragraph 23“, eine Gesetzeslücke im Ausländerrecht, wonach die Bundesländer Flüchtlingsgruppen aus humanitären Gründen ein Aufenthaltsrecht zusprechen konnten. Die Ordnungskräfte riegelten das Gelände der ehemaligen Schule ab, und der zuständige CDU-Innensenator Frank Henkel bekundete, sich nicht erpressen zu lassen. Grüne Bezirksregierung und Senat schoben sich gegenseitig die Verantwortung zu, die Menschen auf dem Dach harrten weiter aus, und in Kreuzberg fingen die Anwohner an, unter dem Motto „Scheiß Bullen, Scheiß Grüne, Scheiß Senat!“ gegen

**„We come here,
because you
destroy
our countries.“**



Foto: Saïfou van Driempenplais - The European Dream



Foto: Abhis Sekundeen



Foto: Saïfou van Driempenplais

Ende gehen musste. Ein neuer Deal wurde vereinbart, der Senat versprach eine „wohlwollende Prüfung“ der Asylanträge, irgendwann gaben die entkräfteten Flüchtlinge auf dem Dach auf, und die Polizei zog ab. In den Wochen danach wurden die schwarz-grünen Politiker wortbrüchig, und die Polizei begann erneut mit Gängelungen und Verhaftungen. Einige der Flüchtlinge wurden abgeschoben, andere leben heute auf der Straße, in einem Versteck oder erneut in irgendeinem Flüchtlingsheim, erneut bewacht von rassistischen Wächschützern. Die deutsche Öffentlichkeit aber hatte etwas begriffen. Dass Lampedusa nämlich nicht nur irgendein italienisches, vielleicht gerade noch europäisches Problem war, sondern die Festung Europa längst auch vor der eigenen Haustür angekommen war.

Ein Jahr später hat sich die Situation in Deutschland zugespitzt. Einige wenige der Mehrheitsgesellschaft versuchen sich in Willkommenskultur und raffen sich auf, syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen Deutsch beizubringen, vielleicht aus moralischer Verpflichtung, vielleicht aus schlechtem Gewissen, aber man soll das deswegen nicht nur belächeln. Viele andere, die es schon immer mit der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit hatten, gehen nun auf die Straße und

schreien nach neuer Übersichtlichkeit. Wieder andere verkriechen sich in einer asozialen Gesellschaftsferne, bei Yoga und Brotbackkursen. Und die radikale Linke? So schnell die Euphorie des Frühjahrs kam, so schnell verging sie wieder. Im August gab eine der wichtigsten linken Gruppen, die Antifaschistische Linke Berlin, die eigene Auflösung bekannt. Sogar der vormals machtvolle Integrationsbegriff des Antifaschismus scheint untauglich geworden zu sein, Antworten auf die drängenden Fragen der Gegenwart zu geben. Weitergemacht wird trotzdem.

Irgendwann kurz nach dem Ende des Protestes auf dem Schuldach fielen mir die Zelte am Halleschen Ufer vor über fünfzehn Jahren wieder ein. Ich las erneut Sartres Vorwort zu Frantz Fanons „Die Verdammten dieser Erde“, weil ich wissen wollte, ob wir, wie Sartre, einem humanistischen Unmittelbarkeitspathos erlegen waren. Möglicherweise war mir aber auch nur bewusst geworden, was im letzten Frühjahr plötzlich verschwunden war: das Mitleid, das ich sonst gegenüber allen empfinde, die ich zu Recht oder Unrecht nicht als politische Subjekte akzeptiere. Einmal abgesehen davon, dass nicht jeder das Glück hat, nach der Schule mit einem Adlerpass im Gepäck nach Berlin zu kommen.